

## Wahlfreiheit statt Bürgerversicherung

### Duales System der Krankenversicherung erhalten

Die FDP setzt sich für ein vielfältiges Gesundheitssystem ein. Es muss allen Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit und die bestmögliche gesundheitliche Versorgung bieten. Wir wollen Solidarität und Eigenverantwortung weiter verbinden, setzen auf die freie Wahl der Krankenversicherung, des Arztes und des Krankenhauses. Wahlfreiheit und beste Qualität in der Gesundheitsversorgung können nur gewährleistet werden durch einen Wettbewerb der Krankenkassen sowie durch das duale System der Gesetzlichen (GKV) und Privaten Krankenversicherung (PKV). Eine Einheitskasse mit Einheitsversorgung für den Einheitspatienten lehnen wir ab - eine zentralistische Staatsmedizin führt zu Bevormundung, Mangelverwaltung und Wartelisten.

Die NRW-Landesregierung unterstützt die Pläne von SPD und Grünen, mit einer so genannten Bürgerversicherung eine verpflichtende Einheitskrankenkasse einzuführen, in die auch Beamte und Selbständige einzahlen sollen. GKV und PKV sollen zusammengeführt werden. Damit wollen SPD und Grüne neue Einnahmequellen erschließen. Das Umlageprinzip bliebe erhalten ebenso wie das Demografieproblem: Immer weniger junge Beitragszahler müssen für immer mehr Ältere, die gleichzeitig immer mehr Kosten produzieren, Beiträge aufbringen.



Besonders die Mittelschicht wäre durch die rot-grünen Bürgerversicherungspläne erheblich höher belastet. Zum einen soll die Beitragsbemessungsgrenze, bis zu der das Einkommen beitragspflichtig ist, deutlich angehoben werden. Zum anderen sollen den Plänen nach weitere Einkommensarten zur Finanzierung hinzugezogen werden. Eine Erhöhung der Abgeltungsteuer, die im SPD-Modell vorgesehen ist, würde beispielsweise die vielen Sparer in Deutschland empfindlich treffen.

Die so genannte Bürgerversicherung begünstigt außerdem das Entstehen einer Zweiklassenmedizin, wenn der Leistungskatalog aufgrund steigender Kosten eingeschränkt wird. Personen, die mehr finanzielle Mittel für Gesundheitsleistungen aufwenden können, werden Behandlungen direkt bezahlen. Die Zielsetzung, für vermeintlich mehr Gerechtigkeit und Solidarität im Gesundheitswesen zu sorgen, wird damit ins Gegenteil verkehrt.

Die Auflösung der PKV würde auch den Wettbewerb zwischen den Kassen hemmen - mit der Bürgerversicherung würde die GKV zu einer innovations- und wettbewerbsfreien Zone.

Große Verlierer der Bürgerversicherung wären viele freie Berufe im Gesundheitswesen wie Ärzte, Physio- und Ergotherapeuten oder Logopäden. Statt zweier Abrechnungssysteme für den GKV- und den PKV-Bereich würde es nur noch eine einheitliche Honorarordnung geben. Die Honorare dürften sich dann eher am heutigen GKV-Abrechnungsmodell mit den vielen Leistungsbeschränkungen orientieren als an der „Gebührenordnung für Ärzte“ im PKV-System. Eine Abwärtsspirale bei den Vergütungen bei demografisch bedingten Kostenzunahmen ist absehbar.

Hauptverlierer wären zehntausende Arbeitnehmer in der PKV. Dies bestätigt sogar ein von der Gewerkschaft ver.di bei der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegebenes Gutachten. Viele der Arbeitsplätze, vor allem in NRW, würden wegfallen. Die FDP hat sich in einem Antrag im Landtag NRW für den Erhalt des dualen Systems der Krankenversicherung ausgesprochen.

■ Antrag der FDP-Fraktion: Duales System der Krankenversicherung erhalten, 46.000 Arbeitsplätze sichern!

■ Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion: Bürgerversicherung gefährdet zehntausende Arbeitsplätze

### Positionen für das duale System der Krankenversicherung

„In einem Einheitssystem ist es für den Staat noch einfacher als bisher, medizinische Leistungen zu reduzieren. Exzellente medizinische Versorgung auf dem neuesten wissenschaftlichen Stand gibt es dann nur noch in Privatarztpraxen und Privatkliniken.“ **Gemeinsame Stellungnahme von 25 Betriebsrats-Gremien innerhalb der PKV-Unternehmen** ■ Homepage der Betriebsratsinitiative „Bürgerversicherung? Nein danke.“ ([www.buergerversicherung-nein-danke.de](http://www.buergerversicherung-nein-danke.de))

„Ohne die Konkurrenz von Privatversicherungen wäre die Gefahr, dass der Leistungskatalog auf eine minimale Grundversorgung reduziert wird, größer. In einem Einheitssystem ließen sich die Leistungen leichter reduzieren.“ **Doris Pfeiffer, GKV-Spitzenverband**

■ Tagesspiegel vom 1. Juli 2008

„Nimmt man die gegenwärtig vorliegenden politischen Konzepte beim Wort, gehen sie alle ab einem Stichtag von einem Stopp der Neuzugänge zur privaten Krankenversicherung (PKV) aus. Das würde im Extremfall zum Verlust von fast der Hälfte der auf die Vollversicherung bezogenen Arbeitsplätze in der PKV führen.“ **Dr. Robert Paquet, freier Journalist, Berater im Gesundheitswesen und Autor des Böckler-Arbeitspapiers**

■ Auswirkungen der Bürgerversicherung – Studie der Hans-Böckler-Stiftung im Auftrag von ver.di

### Auswirkungen auf NRW

Nordrhein-Westfalen ist Hauptsitz zahlreicher privater Krankenversicherungsunternehmen. Schwerpunkte sind die Städte Dortmund und Köln sowie Münster, Bottrop, Wuppertal, Detmold und Düsseldorf. Für NRW ergab sich im Jahr 2010 eine Wertschöpfung in der Versicherungswirtschaft in Höhe von 7,6 Milliarden Euro. Mit der Auflösung der Privaten Krankenversicherung durch die Pläne von SPD und Grünen für eine Bürgerversicherung sind tausende Arbeitsplätze in Gefahr.

■ Kleine Anfrage: Auswirkungen der Bürgerversicherung auf Versicherungswirtschaft

■ Kleine Anfrage: Arztpraxen gefährdet?